



universität  
wien

Rechtswissenschaftliche Fakultät

## Exposé

zum Dissertationsvorhaben mit dem Arbeitstitel

### **Das Wirtschaftskammerwahlrecht**

**Ausgewählte Problembereiche unter besonderer Berücksichtigung  
der demokratischen Grundsätze des Wahlrechts**

Dissertationsgebiet: Verfassungsrecht

Verfasser:

**Christian Moser**

Mag.iur. Dr.rer.soc.oec.

angestrebter akademischer Grad:

**Doktor der Rechtswissenschaften (Dr. iur.)**

Betreuer:

**ao. Univ.-Prof. Dr. Gerhard Strejcek**

Matrikelnummer: 08250156

Studienrichtung: Rechtswissenschaften

Studienkennzahl: A 783 101

Stockerau, im Juli 2021

## I. Einführung

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Österreichs seit dem Zweiten Weltkrieg ist untrennbar mit dem System der sog österreichischen Sozialpartnerschaft verbunden. Diese besondere Art des Zusammenwirkens der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der Landwirtschaft leistete und leistet wesentliche Beiträge ua zur politischen und wirtschaftlichen Stabilität, zur sozialen Sicherheit und zur Qualität der beruflichen Aus- und Weiterbildung.<sup>1</sup>

Die österreichischen Wirtschaftskammern – die Wirtschaftskammer Österreich sowie die neun Landeskammern – stellen als gesetzliche Interessenvertretung der aktuell ca. 538.000 Unternehmer der gewerblichen Wirtschaft in Österreich eine der Säulen der Sozialpartnerschaft dar.<sup>2</sup> Diese Unternehmer sind gem § 2 WKG Pflichtmitglieder der Wirtschaftskammerorganisation, zu der neben der Wirtschaftskammer Österreich und den Landeskammern auch die Fachorganisationen auf Bundes- und Landesebene gehören, welche die konkreten Interessen der einzelnen Branchen vertreten.

Die Wirtschaftskammern zählen zu den Selbstverwaltungskörpern iSd mit der B-VG-Novelle BGBl I 2008/2 eingeführten Art 120a Abs 1 B-VG. Nach dieser Bestimmung können Personen „zur selbständigen Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben, die in ihrem ausschließlichen oder überwiegenden gemeinsamen Interesse gelegen und geeignet sind, durch sie gemeinsam besorgt zu werden, durch Gesetz zu Selbstverwaltungskörpern zusammengefasst werden.“ In diesem Zusammenhang wird auch von nichtterritorialer Selbstverwaltung gesprochen.<sup>3</sup> Diese Selbstverwaltungskörper haben nach Art 120b Abs 1 B-VG das Recht, „ihre Aufgaben in eigener Verantwortung frei von Weisungen zu besorgen und im Rahmen der Gesetze Satzungen zu erlassen.“

In diesem Sinne wurden die Wirtschaftskammern gem § 1 Abs 1 WKG zur Vertretung der gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder errichtet, und ebenso wurden die

---

<sup>1</sup> Vgl etwa *Sandgruber*, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (1995) 521 ff.

<sup>2</sup> Wirtschaftskammer Niederösterreich, Niederösterreich in Zahlen und Grafiken 2020/2021 (2020) 11 (Anmerkung: ohne ruhende Mitgliedschaften).

<sup>3</sup> Zum Begriff der Selbstverwaltung vgl etwa *Eberhard*, Nichtterritoriale Selbstverwaltung. Verfassungsrechtliche Parameter autonomer Verwaltung (2014) 40 ff mwN.

Fachorganisationen nach § 1 Abs 2 WKG zur Vertretung der Brancheninteressen ihrer Mitglieder berufen. Angemerkt sei, dass die Regelung der zitierten B-VG-Novelle aus dem Jahre 2008 gem der hL in erster Linie eine ausdrückliche verfassungsrechtliche Verankerung der nichtterritorialen Selbstverwaltung darstellt.<sup>4</sup> Die Schaffung von Selbstverwaltungskörpern durch einfachgesetzliche Rechtsakte wurde jedoch von der Rsp und der hL bereits lange davor als zulässig angesehen, da der Verfassungsgesetzgeber des Jahres 1920 deren Errichtung als „dem Organisationsplan der Bundesverfassung“ entsprechend anerkannt hätte.<sup>5</sup>

Die Pflichtmitgliedschaft zur Wirtschaftskammerorganisation war in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Gegenstand politischer und juristischer Diskussionen.<sup>6</sup> Die Zulässigkeit dieser gesetzlichen Mitgliedschaft wurde jedoch vom VfGH nicht nur bereits mehrfach bestätigt, vielmehr wird die Pflichtmitgliedschaft als unabdingbares Strukturelement der nichtterritorialen Selbstverwaltung gesehen.<sup>7</sup> Quasi im Gegenzug dazu wird von der Lehre eine entsprechend angemessene Mitgliederrepräsentation in den Gremien der Wirtschaftskammern und der Fachorganisationen gefordert.<sup>8</sup> Der Verfassungsgesetzgeber hat in diesem Zusammenhang mit der zitierten B-VG-Novelle des Jahres 2008 in Art 120c Abs 1 B-VG schließlich sogar explizit vorgeschrieben, dass die Organe der Selbstverwaltungskörper „aus dem Kreis ihrer Mitglieder nach demokratischen Grundsätzen zu bilden“ sind.

Aufbauend auf dieses Postulat hat sich das gegenständliche Dissertationsprojekt zum Ziel gesetzt, das Wahlrecht der Wirtschaftskammerorganisation umfassend zu durchdringen und schwerpunktmäßig zu untersuchen, ob die verfassungsrechtlich

---

<sup>4</sup> Vgl etwa *Eberhard*, Nichtterritoriale Selbstverwaltung. Verfassungsrechtliche Parameter autonomer Verwaltung (2014) 142 ff.

<sup>5</sup> Vgl VfGH 19.12.1977, VfSlg 8215/1977; vgl *Ringhofer*, Die verfassungsrechtlichen Schranken der Selbstverwaltung in Österreich, Verhandlungen des 3. ÖJT 1967 (1969) 57; *Zellenberg*, Die bundesverfassungsrechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen der funktionalen Selbstverwaltung in Österreich, in: Kluth (Hrsg), Jahrbuch des Kammer- und Berufsrechts 2008 (2009) 259 (262); vgl etwa auch *Strejcek* in: Korinek/Holoubek (Hrsg), Österreichisches Bundesverfassungsrecht (5. Lfg 2002) Art 141 Rz 43 ff.

<sup>6</sup> Vgl etwa *Funk*, Die Zwangsmitgliedschaft – ein „Wesensmerkmal“ der beruflichen Selbstverwaltung?, in: Martinek (Hrsg), Arbeit, Recht und Gesellschaft, FS Schwarz (1991) 227 (227 ff); *Klose*, Kammerstaat vor dem Ende?, in: Khol/Ofner/Stirnemann (Hrsg), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1994 (1995) 597 (598 f); *Funk*, Wirtschaftskammern und die Differenz zwischen Verfassungsrecht und Realverfassung, in: Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg), FS 60 Jahre Wirtschaftskammer Österreich (2006) 41 (43); *Steindl*, Die Kammern, in: Elhenicky (Hrsg), Körperschaften öffentlichen Rechts (2015) 161.

<sup>7</sup> Zuletzt mit VfGH 06.03.2009, B 616/08 (in einem Erkenntnis zur Arbeiterkammer-Pflichtmitgliedschaft).

<sup>8</sup> Vgl etwa *Korinek*, Wirtschaftliche Selbstverwaltung (1970) 57; *Zellenberg*, Mitgliederrepräsentation und Wahlrecht, in: Eberhard/Zellenberg (Hrsg), Kammern in einem sich wandelnden Umfeld (2014) 65 (97 f).

geforderten „demokratischen Grundsätze“ im Wahlrecht in ausreichendem Maße abgebildet werden. Dabei soll unter anderem auch eine rechtsvergleichende Gegenüberstellung zur Nationalrats-Wahlordnung erfolgen. Weitere Schwerpunkte der Arbeiten werden die Frage der Wahlrechtsgleichheit sowie Spezifika des Wahlverfahrens sein.

## II. Problemstellung und Forschungsfragen

Die Wirtschaftskammerorganisation ist von einer besonderen Vielschichtigkeit geprägt. Dies ergibt sich einerseits bereits aus der schier unendlichen Anzahl an gewerblichen Unternehmen. Andererseits weist die Mitgliederstruktur der Wirtschaftskammern auch inhaltlich eine große Heterogenität auf. Dies zeigt sich unter anderem in der Vielzahl an unterschiedlichsten Branchen, an der unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedeutung dieser Wirtschaftssektoren, an den teilweise extrem unterschiedlichen Betriebsgrößen oder auch an regionalen Besonderheiten. All dies bewirkt unterschiedliche Interessenlagen der Mitgliedsunternehmen. Diese Komplexität stellt besondere Anforderungen an das Wirtschaftskammerwahlrecht, welches – wie oben erwähnt – eine angemessene Repräsentation der Mitgliedsunternehmen in den Organen der Wirtschaftskammerorganisation gewährleisten soll.

Das Wirtschaftskammerwahlrecht war bereits Gegenstand verschiedener Untersuchungen, die im Wesentlichen in zwei Gruppen zusammengefasst werden können. Die erste Gruppe umfasst Arbeiten, die die nichtterritoriale Selbstverwaltung insgesamt zum Inhalt hatten. Dementsprechend wurde in diesen Untersuchungen das Wahlrecht der Selbstverwaltungskörper auch nur generell behandelt. Gelegentlich wurden Ableitungen für die Ausgestaltung des Wahlrechts von Selbstverwaltungskörpern erarbeitet. Hinweise auf das Wirtschaftskammerwahlrecht erfolgten idR lediglich exemplarisch.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Vgl etwa *Eberhard*, Nichtterritoriale Selbstverwaltung. Verfassungsrechtliche Parameter autonomer Verwaltung (2014); *Rath-Kathrein*, Wahlen in der österreichischen Selbstverwaltung, in: Gamper (Hrsg), Entwicklungen des Wahlrechts am europäischen Fallbeispiel (2010), 453; *Zellenberg*, Mitgliederrepräsentation und Wahlrecht, in: Eberhard/Zellenberg (Hrsg), Kammern in einem sich wandelnden Umfeld (2014) 65.

Andererseits liegen Arbeiten zur Wirtschaftskammerorganisation vor, die sich auch mehr oder weniger intensiv mit dem Wahlrecht der Wirtschaftskammern auseinandergesetzt haben.<sup>10</sup> Eine umfassende Analyse des aktuellen Wirtschaftskammerwahlrechts erfolgte bis dato jedoch nicht.

Das gegenständliche Dissertationsvorhaben will in diesem Zusammenhang insbesondere einen wissenschaftlichen Beitrag zur Diskussion um die vom Verfassungsgesetzgeber geforderten „demokratischen Grundsätze“, denen auch das Wirtschaftskammerwahlrecht genügen muss, leisten. Diese zentrale Forschungsfrage soll sowohl anhand von materiellen Wahlrechtsvorschriften als auch anhand von verfahrensrechtlichen Bestimmungen untersucht werden. Schwerpunktmäßig sollen dazu folgende Einzelfragen näher behandelt werden:

- a) Entspricht die indirekte Wahl zahlreicher Organe der Wirtschaftskammerorganisation demokratischen Grundsätzen?
- b) Entsprechen die allgemeinen Wahlrechtsgrundsätze des Wirtschaftskammerwahlrechts den Standards demokratischer Entscheidungsfindung?
- c) Ist die teilweise Ausgestaltung des Wirtschaftskammerwahlrechts als Kurienwahlrecht demokratiepolitisch vertretbar?
- d) Entspricht die Erstellung und Beschlussfassung der Wahlkataloge (Sparten-Wahlkatalog und Fachorganisations-Wahlkatalog) demokratischen Grundsätzen?
- e) Sind die sog Friedenswahlen mit demokratischen Grundsätzen vereinbar?

Als zusätzliche Schwerpunkte der Arbeit sollen die Frage der Gleichbehandlung der Wählergruppen sowie ausgewählte Spezifika des Wahlverfahrens behandelt werden.

---

<sup>10</sup> Vgl etwa *Korinek*, Wirtschaftliche Selbstverwaltung (1970); *Retter*, Die Wirtschaftskammer-Organisation (1997); *Edelsbacher*, Opposition im Wirtschaftsparlament, Wirtschaftskammern im Lichte von Transparenz und Pluralität (2019).

### **III. Forschungsziel und Methoden**

Insgesamt ist es somit das Ziel dieses Dissertationsvorhabens, das Wahlrecht der Wirtschaftskammerorganisation umfassend zu analysieren und dabei insbesondere die Gewährleistung ausreichender demokratischer Standards zu überprüfen.

Dazu soll zunächst die Wirtschaftskammerorganisation an sich vorgestellt werden. Diese Vorstellung soll neben der Darstellung der geschichtlichen Entwicklung, der verfassungs- und europarechtlichen Grundlagen und dem organisatorischen Aufbau auch die Aufgabenbereiche, die Mitgliederstruktur und die Finanzierung umfassen.

Der nachfolgende Abschnitt wird sich mit der grundlegenden Darstellung der materiellen und formellen Aspekte des Wirtschaftskammerwahlrechts befassen. Daran anschließend wird eine vertiefte Diskussion ausgewählter Problembereiche des Wahlrechts erfolgen. Dabei soll zunächst auf die demokratische Legitimation der Organe der Wirtschaftskammerorganisation eingegangen werden. Diese wird unter anderem anhand einer Rechtsvergleichung mit dem Wahlrecht für die allgemeinen Vertretungskörper gem B-VG – insbesondere mit der Nationalrats-Wahlordnung – geprüft werden. Danach soll die Gleichbehandlung der Wählergruppen insbesondere hinsichtlich Kandidatur, finanzieller Förderung und Zuteilung von Mandaten untersucht werden. Die weiteren zu analysierenden Problembereiche werden sich mit der Frage der Geheimheit versus der Öffentlichkeit der Wahl sowie mit ausgewählten Besonderheiten des Wahlverfahrens beschäftigen.

Das Abschlusskapitel wird die Zusammenfassung der Ergebnisse sowie einen Ausblick auf weitere Forschungsgebiete beinhalten.

Die im Rahmen der gegenständlichen Arbeit zur Anwendung kommenden Methoden werden hinsichtlich Recherche, Interpretation, Dokumentation und Zitiertechnik den allgemeinen rechtswissenschaftlichen Methoden entsprechen.

## **IV. Geplanter Aufbau der Dissertation**

1. Einführung
  - 1.1. Grundlegende Problemstellung
  - 1.2. Stand der Forschung
  - 1.3. Ziele der Arbeit und Forschungsfragen
  - 1.4. Methoden und Gang der Arbeit
2. Die österreichische Wirtschaftskammerorganisation
  - 2.1. Geschichte der Wirtschaftskammern in Österreich
  - 2.2. Verfassungs- und europarechtliche Grundlagen
  - 2.3. Organisatorischer Aufbau
  - 2.4. Aufgabenbereiche
  - 2.5. Mitgliedschaft und Finanzierung
3. Das Wahlrecht der Wirtschaftskammerorganisation im Überblick
  - 3.1. Grundlegende Bemerkungen und geschichtliche Entwicklung
  - 3.2. Materielles Wahlrecht
    - 3.2.1. Direktwahlen (Urwahlen)
    - 3.2.2. Indirekte Wahlen
    - 3.2.3. Wahlrechtsgrundsätze
    - 3.2.4. Aktives und passives Wahlrecht
  - 3.3. Wahlverfahren
    - 3.3.1. Wahlbehörden
    - 3.3.2. Kurienwahlrecht und Wahlkataloge
    - 3.3.3. Ablauf der Wirtschaftskammerwahlen
    - 3.3.4. Mandatsermittlung und Feststellung der Wahlergebnisse
4. Ausgewählte Problembereiche des Wirtschaftskammerwahlrechts
  - 4.1. Überblick
  - 4.2. Die demokratische Legitimation der Organe der Wirtschaftskammerorganisation unter besonderer Berücksichtigung der Standards der Nationalrats-Wahlordnung
    - 4.2.1. Direkte und indirekte Wahlen
    - 4.2.2. Wahlrechtsgrundsätze
    - 4.2.3. Aktives und passives Wahlrecht
    - 4.2.4. Sonderthema Ausländerwahlrecht

- 4.3. Die Gleichbehandlung der Wählergruppen
  - 4.3.1. Kandidatur
  - 4.3.2. Finanzielle Förderung
  - 4.3.3. Zuteilung von Mandaten
- 4.4. Die Frage der Geheimheit bzw. der Öffentlichkeit der Wahl
- 4.5. Ausgewählte Spezifika des Wirtschaftskammer-Wahlverfahrens
  - 4.5.1. Wahlbehörden
  - 4.5.2. Wahlzeitraum
  - 4.5.3. Wählerlisten
  - 4.5.4. Wahlvorschläge
  - 4.5.5. Wahlhandlung
  - 4.5.6. Briefwahl
  - 4.5.7. E-Voting
  - 4.5.8. Vorzugsstimmen
  - 4.5.9. Kurienwahlrecht und Wahlkataloge
  - 4.5.10. Friedenswahlen
  - 4.5.11. Mandatsermittlung und Feststellung der Wahlergebnisse
  - 4.5.12. Wahlen der Fachgruppenobmänner und der Vorsitzenden  
Fachvertretungen
  - 4.5.13. Besetzungen der Spartenvertretungen und der  
Spartenkonferenzen der Landeskammern
  - 4.5.14. Wahlen der Spartenobmänner der Landeskammern
  - 4.5.15. Zusammensetzung der Wirtschaftsparlamente der  
Landeskammern
  - 4.5.16. Wahlen der Präsidenten der Landeskammern
  - 4.5.17. Besetzungen der Fachverbandsausschüsse
  - 4.5.18. Wahlen der Fachverbandsobmänner
  - 4.5.19. Besetzungen der Spartenvertretungen und der  
Spartenkonferenzen der Bundeskammer
  - 4.5.20. Wahlen der Spartenobmänner der Bundeskammer
  - 4.5.21. Zusammensetzung des Wirtschaftsparlaments der  
Bundeskammer
  - 4.5.22. Wahl des Präsidenten der Bundeskammer
- 5. Conclusio und Ausblick

## V. Zeit- und Arbeitsplan

- |                |   |
|----------------|---|
| Bis<br>SS 2021 | <ul style="list-style-type: none"><li>- VO Rechtswissenschaftliche Methodenlehre</li><li>- KU Judikatur- und Textanalyse</li><li>- Lehrveranstaltungen aus Wahlfächern</li></ul>  |
| Sommer 2021    | <ul style="list-style-type: none"><li>- Themenwahl</li><li>- Erstellung des Exposés</li></ul>   |
| WS 2021/22     | <ul style="list-style-type: none"><li>- Ansuchen um Genehmigung des Dissertationsvorhabens und der Dissertationsvereinbarung</li><li>- SE zur Vorstellung und Diskussion des Dissertationsvorhabens</li><li>- Genehmigung des Dissertationsvorhabens und der Dissertationsvereinbarung</li><li>- Verfassen der Dissertation</li></ul> |
| SS 2022        | <ul style="list-style-type: none"><li>- SE aus dem Dissertationsfach</li><li>- Verfassen der Dissertation</li></ul>   |
| WS 2022/23     | <ul style="list-style-type: none"><li>- Verfassen der Dissertation</li></ul>  |
| SS 2023        | <ul style="list-style-type: none"><li>- Fertigstellung und Abgabe der Dissertation</li><li>- Beurteilung der Dissertation</li><li>- Defensio</li></ul>  |

## **VI. Vorläufiges Literaturverzeichnis**

*Adamovich*, Der Weg zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht (2008)

*Antoniolli/Koja*, Allgemeines Verwaltungsrecht<sup>3</sup> (1996)

*Eberhard*, Nichtterritoriale Selbstverwaltung, JRP 2008, 91

*Eberhard*, Nichtterritoriale Selbstverwaltung. Verfassungsrechtliche Parameter autonomer Verwaltung (2014)

*Edelsbacher*, Opposition im Wirtschaftsparlament. Wirtschaftskammern im Lichte von Transparenz und Pluralität (2019)

*Funk*, Die Zwangsmitgliedschaft – ein „Wesensmerkmal“ der beruflichen Selbstverwaltung?, in: Martinek (Hrsg), Arbeit, Recht und Gesellschaft, FS Schwarz (1991) 227

*Funk*, Wirtschaftskammern und die Differenz zwischen Verfassungsrecht und Realverfassung, in: Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg), Die Zukunft der Selbstverwaltung in einer globalisierten Welt, FS 60 Jahre Wirtschaftskammer Österreich (2006) 41

*Geissler*, Österreichs Handelskammer-Organisation in der Zwischenkriegszeit. Eine Idee auf dem Prüfstand, Bd I (1977)

*Geissler/Klose*, Österreichs Handelskammerorganisation in der Zweiten Republik. Geschichte und Gegenwart, Schriftenreihe der Bundeswirtschaftskammer, Heft 52 (1986)

*Hacker/Heigl*, Wahlen in Österreich (2008)

*Holzer*, Wirtschaftliche und berufliche Selbstverwaltung im Spannungsfeld des Legalitätsprinzips, in: Stadler-Richter (Hrsg), Die Evolution des öffentlichen Rechts, FS Ermacora (1974) 76

*Klose*, Kammerstaat vor dem Ende?, in: Khol/Ofner/Stirnemann (Hrsg), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1994 (1995) 597

*Korinek*, Wirtschaftliche Selbstverwaltung (1970)

*Korinek*, Staatsrechtliche Grundlagen der Kammer-Selbstverwaltung, DRdA 1991, 105

*Kühnelt*, Kammern und Sozialpartnerschaft in Österreich (1995)

*Mayer/Kucsko-Stadlmayer/Stöger*, Grundriss des österreichischen Bundesverfassungsrecht<sup>11</sup> (2015)

*Oberndorfer*, Die Pflichtmitgliedschaft als Wesensmerkmal gesetzlicher beruflicher und wirtschaftlicher Interessenvertretungen, in: Jabornegg/Spielbühler (Hrsg), FS Strasser (1993) 275

*Öhlinger*, Die Verankerung von Selbstverwaltung und Sozialpartnerschaft in der Bundesverfassung, JRP 2008, 186

*Pernthaler*, Kammern und Pflichtmitgliedschaft in Österreich aus der Sicht des öffentlichen Rechts, in: Pernthaler ua (Hrsg), Kammern und Pflichtmitgliedschaft in Österreich (1994) 25

*Pöschl*, Gleichheit vor dem Gesetz (2008)

*Rath-Kathrein*, Wahlen in der österreichischen Selbstverwaltung, in: Gamper (Hrsg), Entwicklungen des Wahlrechts am europäischen Fallbeispiel (2010) 453

*Retter*, Die Selbstverwaltung durch Organisationen der gewerblichen Wirtschaft in Österreich (1996)

*Retter*, Die Wirtschaftskammer-Organisation (1997)

*Ringhofer*, Die verfassungsrechtlichen Schranken der Selbstverwaltung in Österreich, Verhandlungen des 3. ÖJT 1967 (1969) 28

*Salamun*, Der Begriff der Sozialpartnerschaft nach der verfassungsrechtlichen Verankerung in Art 120a Abs 2 B-VG, JRP 2010, 33

*Sandgruber*, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (1995)

*Stillfried*, Berufliche Selbstverwaltung und autonomes Satzungsrecht (1994)

*Stolzlechner*, Der Gedanke der Selbstverwaltung in der Bundesverfassung, in: Österreichische Parlamentarische Gesellschaft (Hrsg), FS 75 Jahre Bundesverfassung (1995) 361

*Stolzlechner* in: Kneihls/Lienbacher (Hrsg), Rill-Schäffer-Kommentar Bundesverfassungsrecht (6. Lfg 2010) Art 120c B-VG

*Strejcek* in: Korinek/Holoubek (Hrsg), Österreichisches Bundesverfassungsrecht Kommentar (5. Lfg 2002) Art 141 B-VG

*Strejcek*, Gewerbliches Berufsrecht, in: Hammer ua (Hrsg), Besonderes Verwaltungsrecht (2012) 277

*Strejcek/Urban*, Der Verfassungsgerichtshof als Wahlgericht, Erkenntnisse und Beschlüsse in Stichworten 1921 – 2007 (2008)

*Stourzh*, Historische Wurzeln der Sozialpartnerschaft (1989)

*Will*, Selbstverwaltung der Wirtschaft. Recht und Geschichte der Selbstverwaltung in den Industrie- und Handelskammern, Handwerksinnungen, Kreishandwerkerschaften, Handwerkskammern und Landwirtschaftskammern (2010)

*Zellenberg*, Rechtliche, ökonomische und politische Aspekte der Pflichtmitgliedschaft in Kammern, WiPolBI 2008, 425

*Zellenberg*, Die bundesverfassungsrechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen der funktionalen Selbstverwaltung in Österreich, in: Kluth (Hrsg), Jahrbuch des Kammer- und Berufsrechts 2008 (2009) 259

*Zellenberg*, Berufliche und wirtschaftliche Selbstverwaltung, in: Österreichische Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft (Hrsg), Selbstverwaltung in Österreich. Grundlagen – Probleme - Zukunftsperspektiven (2009) 143

*Zellenberg*, Mitgliederrepräsentation und Wahlrecht, in: Eberhard/Zellenberg (Hrsg), Kammern in einem sich wandelnden Umfeld (2014) 65

*Zellenberg*, Ist die nichtterritoriale Selbstverwaltung eine Verwaltung für den Bürger?, JRP 2016, 39

*Zellenberg*, Institutioneller Wandel der Wirtschaftskammer Österreich, in: Sack (Hrsg), Wirtschaftskammern im europäischen Vergleich (2017) 209